

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Freitag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Reichenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Bezugspreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Name im Text. Manuskripte zu richten nach Halle, Reichenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Tel.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz u. Privatbank, Halle. Postkontonummer: Leipzig 1065 18 Fritz Kreis, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 4. Februar 1925

5. Jahrgang * Nr. 15

Die SPD. verhindert Aufdeckung des 700 Millionenbetrugs Die Mitschuldigen wissen warum

Hermann Müllers „Fastnachtsult“

Im Magdeburger Prozeß haben der Reichspräsident und eine ganze Reihe sozialdemokratischer Minister a. D. beschworen, daß sie im Jahre 1918 nur deshalb in die Streikleitung eingetreten sind, um den Verzweiflungskampf der deutschen Arbeiter gegen die Kriegsverlängerung und Kriegsausweitung um so besser abzuwickeln zu können. Seit einigen Tagen überflutet sich die sozialdemokratische Partei an Entwürfen über die Verhöhnung der Reichsregierung zugunsten der deutschen Schwerindustrie. Wie der Kampf in der Praxis aussieht, zeigt folgender Vorgang in der Reichstagsungung vom Dienstag, den wir dem amtlichen stenogramm wörtlich entnehmen.

Wir enthalten uns dieser kraßen Tatsachen gegenüber jeglichem Kommentars und überlassen es der deutschen Arbeiterschaft, daraus selbst die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Anträge des Genossen Stüder

Im Hausaufsatzschuß des deutschen Reichstags sind in den letzten Tagen Dinge zur Sprache gekommen, die unseres Erachtens dringender eine öffentliche Beratung im Plenum des Reichstags erfordern. Es handelt sich um das ungeheuerliche 700-Millionenbetrug der Reichsregierung an die Großindustriellen des Rheinlandes. Wir bitten deshalb, damit der Reichstag sofort zu diesen ungeheuerlichen Dingen Stellung nehmen kann, folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuß von 18 Mitgliedern einzusetzen zwecks Klarstellung über die von den Reichsregierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther den Industriellenunternehmen des besetzten Gebietes gegebenen Vorkaufspreisen, Steuererlassen und ohne Genehmigung des Reichstags getätigten Auszahlungen von Millionen aus dem Reichskasse.“

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hausaufsatzschuß erklärt, daß sie sich vorbehaltlich des Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu stellen. Da bis zur Stunde ein solcher Antrag nicht vorliegt und wir auch über die Vorbehalte der sozialdemokratischen Fraktion nicht unterrichtet sind, stellen wir unsenerseits diesen Antrag und ersuchen, ihn auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Wir sind uns darüber klar, daß das nur möglich ist ohne Widerspruch. Aber wir möchten doch die Herren feststellen, die dem widersprechen, daß dieser Antrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird, und daß dieser Untersuchungsausschuß so schnell wie möglich zusammentritt.

Es ist ein Güntel des Reichstags notwendig, um einen solchen Untersuchungsausschuß einzusetzen, so daß unsere Fraktion allein diesen Antrag nicht durchsetzen kann. Wir erwarten aber, daß sich 10 bis 12 Abgeordnete finden, um diesen Untersuchungsausschuß bilden zu können.

Da wir aber zu diesem Untersuchungsausschuß wie zu manchen anderen Untersuchungsausschüssen sehr wenig Vertrauen haben, daß sie wirklich in diese Dinge hineinleuchten und diese skandalösen Vorgänge mit aller Gründlichkeit bearbeiten, stellen wir den weiteren Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Zu dem Untersuchungsausschuß über die sogenannte Entschädigung der Ruhrschäden an die Großindustrie des besetzten Gebietes sind 15 Arbeiter aus dem Großbetriebe des Rhein- und Ruhrgebietes hinzuzusetzen.“

Wir wünschen, daß die Arbeiterschaft, die unter dem Ruhrkampf am schwersten gelitten hat, selber ein Bild von den Vorgängen bekommen, die sich hier in dem zu bildenden Untersuchungsausschuß abspielen werden, um so mehr, als die Arbeiter auf diese Weise erfahren werden, in wie elender Weise sie von den Unternehmern und auch von der Regierung betrogen und hinter den Rücken geführt worden sind. (Sehr wahr — bei den Komm.)

Unsere Fraktion besteht aber darüber hinaus bei der ungeheuerlichen Verletzung der Verfassungsrechte darauf, daß drei Viertel dieser Regierung

wegen Verletzung der Verfassung und der Reichstagsrechte unter Anklagezustand gestellt werden.

(Sehr wahr — bei den Komm.)

Wir beantragen deshalb auf Grund des Artikels 59 der Reichsverfassung:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung Cuno, Stresemann, Marx und Luther vor dem Staatsgerichtshof anzufragen wegen schuldhafter Verletzung des Artikels 59 der Reichsverfassung, wonach Ausgaben des Reichs nur mit Genehmigung des Reichstags vorgenommen werden dürfen.“

Wir wissen, daß dieser Antrag nur wirksam werden kann, wenn er von 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet

wird. Wir legen deshalb diesen Antrag auf den Tisch des Hauses und erwarten, daß sich genug Abgeordnete für Unterzeichnung finden (Lachen bei den Sozialdemokraten), da wir allein nicht in der Lage sind, diesen Antrag durchzusetzen. — Abgeordneter Müller, Ihnen kommt die Sache lächerlich vor. (Abg. Müller-Franken: Fastnachtsult!) — Ich stelle fest, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion diesen Antrag als einen Fastnachtsult bezeichnet. (Hört! Hört! — bei den Komm.)

Das ist überaus bezeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten, die ja doch die geborenen Hüter der Rechte des Reichstags, der Rechte dieses „demokratischen Hauses“ sein müßten, gerade deshalb erwarten wir, daß die sozialdemokratische Fraktion zu diesem Antrag klar Stellung nimmt und ihn auch unterstützt, wenn sie sich nicht bei der Arbeiterschaft Deutschlands ganz offen entziehen will als die Mitschuldigen für alle diese Dinge, die in dem Untersuchungsausschuß zur Sprache kommen werden.

Müller-Franken (SPD.)

Zunächst einige wenige Bemerkungen. Der Abgeordnete Stoedter hätte seine Rede hier gar nicht halten können, wenn nicht meine Fraktion die Dinge im Reichsausschuß zur Sprache gebracht hätte. Sie haben ja Ihr Material erst von uns bekommen. (Lachen b. d. Komm.)

Nun zur Sache selbst: Ich habe bereits im Reichsausschuß angekündigt, daß meine Fraktion sich vorbehaltlich, einen Antrag zu stellen, nach dem ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß dieser Antrag in dem Augenblick gestellt wird, wo uns die Denkschrift vorgelegt wird, die auf Grund der Riffer III unseres Antrages von der Regierung in Aussicht gestellt worden ist, und die mit einem Indemnitätsgesetz verbunden werden muß, das hierzu ebenfalls vorgelegt werden wird. Der Abgeordnete Stoedter hat von mir verlangt, daß ich mich klar ausprechen soll.

Ich will deshalb ganz klar sagen, daß meine Fraktion heute keine förmlichen Anträge abgibt. Wenn wir einen Untersuchungsausschuß haben wollen, so beantragen wir das selbst.

Der Abgeordnete Stoedter hat dann weiter gemeint, ich hätte seinen Antrag als Fastnachtsult bezeichnet. Nein, ich habe es als Fastnachtsult bezeichnet, daß der Abgeordnete Stoedter einen Antrag auf den Tisch des Hauses legen und warten will, bis sich die Mitglieder zusammenfinden und seinen Antrag unterschreiben. Das ist meiner Auffassung nach nicht anders zu bezeichnen.

Dann hat der Abgeordnete Stoedter noch weitere Anträge gestellt: Unter Anklagestellung der Minister der verschiedenen Kabinette.

Ich habe unter diesen Anträgen noch einen bemerkt, der eigentlich dazu gehört: Er hätte gleichzeitig beantragen müssen, daß die Immunität für die Reichstanzler Marx und Stresemann aufgehoben werden muß, dann erst kann ja sein Antrag wirksam werden. Ich bitte ihn, diesen Antrag bis zu dem Tage zu ergänzen, an dem wir uns in Zusammenhang mit dem Indemnitätsgesetz darüber unterhalten werden, ob wir seinen Anträgen folgen werden oder nicht, ich glaube mich dem Abgeordneten Stoedter gegenüber klar genug ausgesprochen zu haben. Was wir zu tun haben, wissen wir allein; wir werden es im richtigen Zeitpunkt tun.

Genosse Stoedter

Wir stellen vor der Öffentlichkeit fest (Lachen b. d. Sozialdem.), daß die sozialdemokratische Fraktion, wie in so vielen anderen Fragen, auch in dieser Frage nur einen elenden Scheinampf führt. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Es sind lächerliche Ausreden, wenn der Abgeordnete Müller-Franken hier mit den Mägen von der Aufhebung der Immunität kommt. Es ist eine lächerliche Prüge, wenn er hier mit der Ausrede kommt, seine Bemerkung „Fastnachtsult“ hätte sich nur auf die Auslegung des Antrages hier im Hause bezogen. Es ist eine faule Ausrede, wenn er erklärt, seine Fraktion wolle abwarten, bis die Regierung mit ihrer famosen Denkschrift über die Handelslösen Vorkänge gekommen sei.

Die sozialdemokratische Presse selber erklärt schon überall, daß das nur ein Vertuschungsmanöver der Regierung sein werde, daß die Regierung mit allen Mitteln ihre skandalöse Handlungsweise zu verbergen suchen werde. Im Gegensatz zu dieser Haltung der sozialdemokratischen Presse lehnt es Herr Müller hier ab, einem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zuzustimmen, nur weil er von den Kommunisten gestellt worden ist. Dieses Verhalten ist überaus bezeichnend und kennzeichnet die beispiellose Heuchelei der sogenannten Opposition der Sozialdemokraten. (Wrao b. d. Komm.)

Was die Kommunisten am Dienstag in Genua lehren, war in der Tat nur ein Fastnachtsult, ein Hauch, der im Hause leicht getrennt und leicht zerstreut wurde. (Leipziger Volkszeitung vom 4. Februar 1925.)

p. m. Es bestand nie ein Zweifel darüber, daß die Sozialdemokraten es mit der reifen Aufdeckung des Ruhrpanamas nicht ernst meinen. Schon aus dem einfachen Grunde war das von Anfang an selbstverständlich, weil es absolut unmöglich ist, abzuwehren, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Großen Koalition im Stresemann-Kabinett Hilferding, Solmann und Schmidt, der preussische Ministerpräsident Braun und der sozialdemokratische Führer des Bergarbeiterverbandes Hufmann nicht nur von den Geschehen an die Schwerindustrie gewußt, sondern sie direkt gefordert und mitbeschlossen haben.

Die sozialdemokratische Scheinnatte hat sich denn auch sehr schnell als das, was sie ist, entlarvt. Als Hermann Müller die kommunistischen Forderungen auf gründliche Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen als ein „Fastnachtsult“ unter dem wieserbenden Geschleier der kapitalistischen Vertreter und unter nachträglicher Zustimmung der gesamten bürgerlichen Presse bezeichnet, da offenbarte sich für jeden denkenden Arbeiter ganz eindeutig, die schwerkapitalistische Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Nichts aber ist so geeignet, den Charakter unserer heutigen Republik aufzuzeigen, wie die Behandlung des Ruhrpanamas im Reichstag. Die wichtigste Lehre, die das Proletariat aus den Vorgängen ziehen muß, ist die, daß es eine absolute falsche Probenstellung ist, hier etwa eine republikanische Front einer monarchistischen entgegenzusetzen. Was uns in dem Ruhrpanama eingegrenzt, das ist vielmehr die Frage des kapitalistischen Staates, zu dessen Bestandteil vor allen Dingen auch sozialdemokratische Minister gehören. Wenn die SPD-Fraktion von der Regierung demokratischer Verträge der Republik feilt, wenn sie vom Bruch des Arbeiterrechtes heulmüht, so ist das eine elende Heuchelei, da die Sozialdemokratie zu jeder Zeit selbst die parlamentarischen Rechte zu beschneiden bereit war, was uns nur das kapitalistische System zu retten galt. Es braucht nur an das vom Kabinett Marx autorisierte Ermächtigungsgesetz erinnert zu werden! Und selbst wenn die Sozialdemokraten wirklich ernstlich parlamentarische Rechte verteidigen würden, es bliebe dabei, daß die ganze Opposition, solange sie nur „auf dem Boden der Verfassung“ bleibt, absolut unzulänglich war. Solange die Kapitalistenklasse herrscht, solange gehört es zur legalen Funktion des kapitalistischen Staates, ganz gleich, ob dieser sich monarchistisch oder republikanisch darstellt, auch das Parlament zur Ausplünderung und Wiederherstellung der arbeitenden Massen zu benutzen. Denn das, was in der bürgerlichen Demokratie als „Parlamentarismus“ und als „Volkswille“ angepöbeln wird, ist nichts anderes, als die kapitalistische Diktatur, die natürlich ihren Staatsapparat nur dann hehmt, um den Schwerverdienern Profite zu verschaffen. Das Ruhrpanama ist ja nur eine glänzende Illustration zu dieser Methode, die eigentlichen Herren der deutschen Republik mit Millionen von Liebesgaben zu bedenken.

Wenn also das als Heuchelei ermittelte Oppositionsgehre der Sozialdemokratie die Fragestellung in der Weise verfluchen will, als ob es hier gelte, die Republik gegen korruptierte Monarchisten zu verteidigen, so müssen die Arbeiter um so entschiedener ihren ganzen Kampfeswillen, alle ihre Angriffe richten auf das Ziel: den Sturz des kapitalistischen Staates, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die Etappen zu diesem Ziel werden deutlich, wenn man an Hand des Ruhrpanamas klar herausstellt, was es bedeutet, wenn der gesamte Staatsapparat sich in den Händen der Schwerkapitalisten befindet. Da sind 700 Millionen Mark der Schwerindustrie in den Taschen geworfen worden. Woher kamen diese 700 Millionen? Den Reichsfinanzen in diesem Jahre ließen die Ueberläufer darstellen, die den patriotischen Schwerkapitalisten? Nein, der sogenannte Ueberläufer ist herausgeholt worden aus der Kitzung der Erwerbslosenunterstützung, aus verschärfter Ausbeutung der Werktätigen durch die Lohn-, Miß- und indirekten Steuern, aus der Enteignung der Kleinbürger und -bauern und aus dem Abbau der Gehälter der niederen Beamten. Und nicht werden diese Ueberläufer der Reichsfinanzen verwendet zur Unterdrückung des Glens der Proletariat, nicht für die Ueberläuferbestämpfung, nicht für die Bekämpfung der Kinderunterstützung, nicht für die Erhöhung der Renten für die Kriegesbeschädigten und Invaliden, sondern sie werden eben jenen ausgeliefert, die zur technischen Durchführung dieser ungeheuerlichen Schöpfung den Staatsapparat benutzen.

Der ist wirklich ein Narr, der da glaubt, daß man diesen kapitalistischen Staat nur etwas republikanischer und demokratischer ausprägen müßte, damit solche Schwestern nicht mehr vorkommen

Aus den Reichstagsausschüssen

Ein neuer Akt des Aufwertungschwindsels

Im Wahlkampf machten die sozialdemokratischen Parteien bühnenartige Aufwertungsversprechungen. Und zwar mit sichtbarem Erfolg. Am Tage nach der Wahl brachten die siegreichen Aufwertungsversprechungen einen radikalen Antrag auf sofortige Aufhebung der Wertberichtigung vom 4. Dezember 1924 ein. Beim Zusammentritt des neuen Reichstages am 2. Februar wurde nach langem Ausschussgebild. Mit einiger Geschwindigkeit wurde ein Antrag später an die Beratung des parlamentarischen Aufwertungsantrages. Über inzwischen hatte sich die Situation gründlich geändert. Die parlamentarischen Aufwertungsversprechungen sind Regierungspartei geworden und labotieren nun nach allen Regeln der Kunst für die Aufwertung. In der ersten Sitzung am 21. Januar wurde nach Stundenlangem gelehrten Auseinandersetzungen beschlossen, die Annahme des parlamentarischen Aufwertungsantrages, für eine sichere Mehrheit vorhanden war, zu verhindern und statt dessen von der neuen Kautschukregierung zu fordern, sie solle binnen Wochenfrist ihre Stellung zu diesem Antrag präzisieren. Die Woche verging, und erneut trat der Aufwertungsantrag zusammen. Die neue Regierung „präzisierte“ ihre Stellungnahme mit hohen nichtslagenden Redensarten. Wieder gab es stundenlange formaljuristische Diskussionen mit dem Einverständnis, daß die neue Regierung binnen Wochenfrist einen Gegenentwurf zur Legalisierung der Ausnahmeverordnung nicht vorlegen sollte. So war wieder eine Woche Zeit verschwunden. Am Dienstag, dem 2. Februar, trat der Aufwertungsantrag zum dritten Mal zusammen, um zu dem Regierungsentwurf Stellung zu nehmen. Und sofort begann wieder das alte muntere Spiel. Die Herren Juristen, die immer doppelt so viel Meinungen haben als Personen vorhanden sind, kritisierten sich wiederum stundenlang im Gespräche ihres Angebots um die weitestgehende Frage, ob die Aufhebung des Wertberichtigungsantrages, der die Aufwertung betrifft, durch eine Maß- oder eine Kamm-Vorrichtung ausgedrückt werden soll. Und diese Beratung war so gründlich, daß schließlich bei der Abstimmung alle vorliegenden Anträge der Ablehnung verfielen. Darob allgemeines Entsetzen bei den Aufwertungsbegeisterten, die befürchteten, daß die von ihnen im Wahlkampf so schönlich belagerten Inflationsopfer endlich den Braten merken könnten. Die Sitzung wurde auf kurze Zeit unterbrochen und während dieser Pause gelang es, den Regierungsentwurf durch Stützen und Anleimen so umzugestalten, daß er im Ausschuss die Mehrheit fand. Auf diese Weise ist es den Sozialdemokraten zum drittenmal gelungen, die Abstimmung zu ihren Gunsten zu hintertreiben. So wurde wieder eine neue Gegenkritik gewonnen. Am nächsten Tage, die am Donnerstag stattfindende soll ein großes Kalauer über die von der Regierung vorgelegte Denkschrift über die Aufwertungsfrage stattfinden. Da man nun wieder große Töne schlagen für die Dummheit draußen, die niemals als solche werden kann, ist es für die Regierung, die den Aufwertungsantrag in Aussicht stellte Gegenentwurf für die engehaltene Regelung der Aufwertungsfrage erst nach mehreren Wochen vorgelegt werden soll.

Mittlerweile können die unglücklichen kleinen Sparrer und Kleinstrentner, denen die schwebendstehenden Inflationskassen buchstäblich das letzte Geld vom Leibe gestohlen haben, ruhig weiter an ihren Hauptjahren laugen.

Wie General Dawes die Arbeitsfreudigkeit seiner deutschen Kleinstrentner hebt

In der Dienstausführung des Reichsausschusses, in der der Etat des Reichsausschusses zur Beratung stand, gab der neue Reichsausschussminister Dr. Rohde Auskunft über die Gehälter, die die hohen Eisenbahnbediensteten nach der Auslieferung der Deutschen Reichsbahn an das internationale Finanzkapital zugesprochen werden sollen. Danach beziehen die leitenden Eisenbahnbediensteten und zwar die Direktoren, die Abteilungsleiter in der Reichsbahn, leitende Beamte in den Reichsbahnbetrieben, die die Eisenbahnverwaltung als Grundbesitz der Reichsbahn, die sie bisher als Besondere der Reichsbahn bezogen haben. Zu diesem Grundbesitz erhalten sie weiter eine nicht pensionsfähige Zulage, die für die Direktoren und Abteilungsleiter 7.500 bis 12.000 Mark, für die leitenden Mitglieder der Gruppenverwaltungen 1100 bis 4000 Mark monatlich beträgt. Das hat es sich nicht alles. Die Herren erhalten außerdem noch eine Dienstauswärtigenzulage von nicht

Kommunisten sind rechtslos

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Emmerich meldet, hat die holländische Regierung den deutschen Kommunisten Max Sommer aus Stuttgart, der von den deutschen Behörden hinförsichtlich verfolgt wird, nicht nur von der Amsterdamer Polizei verhaften lassen, sondern er soll auch ohne weiteres den deutschen Behörden ausgeliefert werden.

Ein hallischer Jugendgenosse vom Reichsgericht verurteilt

Vor dem zehnten Senat des Reichsgerichts stand heute der jugendliche Genosse Eberhard Stiefel aus Halle wegen Vorbereitung des Hochverrats und Berechnens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. Bei dem Genossen wurden, wie der Reichsamt lautet, am 8. August 1924 eine große Menge von Waffen und Munition gefunden. Diese große Menge dieser Waffenlager bestand aber in Wirklichkeit aus:

- einer verrosteten Parakalibrierpistole, drei Gewehrflinten, einigen zehn Patronen für das Gewehrmodell 88/71, einem Gewehrmündungsöffner und einer Gewehrgranate.

Dieses „Waffenlager“ war seit 1919 in einem Schuppen vergraben. Dazu wurden bei der Hausung einige Personen, u. a. das Heft „Schupmann Karl Müller“ von Hermann zur Wahlen befragt. Nach der Auffassung des Reichsamts soll die Genossin Hermann zur Wahlen eine sehr interessante Person sein, die zum Kommunismus übergegangen ist, und ihr Ehemann „Schupmann Karl Müller“ sei eine laienrechtliche Schrift, die darauf beruht sei, die Reichsmacht zu zerlegen.

Der Genosse, Rechtsanwalt Dr. Borst, hat auf das trefflichste die Methoden der Staatsanwaltschaft gezeigelt und die Anklage als ein lächerliches Staatsdelikt hingestellt, das nur zu dem Zwecke konstruiert wurde, um wieder einen Kommunisten in den Kerker zu bringen.

Trotzdem verurteilte das Reichsgericht den Genossen Eberhard Stiefel zu zwei Jahren Gefängnis und empfindlich Mark Geldstrafe.

Zwei Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die Anklage gelobt dem Genossen ein sehr gutes Zeugnis, das er nicht im Sinne der Kommunistischen Partei weiter zu arbeiten und un-

geringer Höhe. Und zwar beziehen die Herren Direktoren unter diesem Titel das nur die Einkommen von 8000 bis 12000 Mark im Jahre, während den Herren Abteilungsleitern um ein Jahresbetrug von 2400 bis 6000 Mark als weitere Gratifikation erhalten. Auf Grund dieser jämmerlichen Gehaltsregelung erhält demnach ein Jahre, während die Herren Abteilungsleiter um ein Jahresbetrug von 15000 Mark Gehalt, 12000 Mark nicht pensionsfähige Zulage und 12000 Mark Dienstauswärtigenzulage, mithin insgesamt „nur“ 42.000 Mark.

Gegen die Besätze des Generaldirektors der neuen Reichsbahn-Gesellschaft ist in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit manches schärfere Wort gefallen. Er sollte mehrere Hunderttausend Mark Jahresgehalt beziehen. Diese Behauptungen hat der Minister Rohde in recht eigenartiger Weise demontiert. Er legte, daß der Generaldirektor Herr Decker „noch keine“ hunderttausend Mark Jahresgehalt beziehe. Die wirkliche Höhe des Gehaltes verwehrt er allerdings anzugeben und man wird ihm in der nächsten Sitzung die Junge lösen müssen.

Juristische Spießbüchereien gegen eine Reichsreform

Die erste Sitzung des Reichsausschusses am 2. Februar zeigte klar, was die politischen Gefangenen von den neuen Reichstag und der Kautschukregierung in der Annahmefrage zu erwarten haben. Das ganze war ein abgekartetes Spiel zwischen den Regierungsvorstreitern, dem neuen Reichsjuristenspiegel und den Vertretern der reaktionären Parteien. Und der preussischen Regierung war in diesem Reichstag die Industrie- und Handelskammer.

Zur Beratung standen die drei Annahmefträge der DRP, für die Kaputtisten, Rührer und Angehörigen der Organisation Konrad der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei. Und außerdem ein sogenannter Kompromißantrag der preussischen Kautschukpartei, der angeblich das enthalten sollte, worauf sich alle Parteien einigen könnten.

Der wirkliche Verlauf war aber ein ganz anderer. Es erhob sich der Vertreter der preussischen Kautschuk-Regierung und erklärte im Auftrage seines Kabinetts, daß die preussische Regierung dem Reich die Zustimmung zum Erlaß eines Ausnahmegesetzes überhaupt bestreite. Dieser Standpunkt war bisher nur von Bayern vertreten worden, heute löst sich Franken an Bayern an und Württemberg alle als bloßer im Bunde herbei, um die parlamentarisch-reaktionäre Einheitsfront gegen die Opfer der deutschen Kapitalisten zu verteidigen.

Aber auch der herkömmliche Wähler der versalkungswidrigen Rechte des Reiches, der lutherische Reichsausschuss, hat sich nicht erhebt, bis zu jetzt, daß er auch anders könnte, — anders nämlich, als bisher die Vertreter der Reichsregierung stets Stellung genommen haben. Er erklärte die Frage, ob das Reich das Recht habe, das von Streikern selbstproduzierte Unmehrwert zu erlassen, für zweifelhaft und meinte, daß es anders, wenn man die Regierung zum Erlaß dieses Gesetzes würde, daß die Zustimmung des Reiches zu bezeichnen wäre, so wäre es doch politisch nicht ratsam, in einer so zweifelhaften Frage von einem solchen Rechte Gebrauch zu machen.

Und nun verbrachte der Reichsausschuss den ganzen Tag mit feigen Berührungen darüber, ob dieses (bisher von niemand betrittene und bekanntlich schon mehrfach angewendete) Recht des Reiches überhaupt bestände.

Der kommunistische Vertreter rief den bürgerlichen Parteien und Regierungsvorstreitern die Nase von der hinförsichtigen Kautschukpartei. Er sagte klar, daß nach Artikel 7, Abs. III, des Reichsverfassung die politischen Parteien und Beamtenstellen der Jahre 1918 bis 1924 kein Zweifel möglich ist. Man luge unter jeden beliebigen Vorwand von den früher gegebenen Verprechungen loszutreten und die Lasten zu verschleiern, daß es in der deutschen Dames-Reform für die Kommunisten für Kapitalisten und für Separatisten Mangelhaftigkeit gibt, daß aber die proletarischen Gefangenen auf ihre verheißene Befreiung bis zum 21. November einstimmen werden.

Es wird Gasse der deutschen Arbeiter sein, in den Betrieben und Gewerkschaftsvereinigungen nachher ihre Stimme zu erheben, so daß die Arbeiter bis in die vier nächsten Jahre, bis der Reichstag in der Reichsversammlung der Reichsausschüsse dringt.

Serenus mit den politischen Gefangenen!

Klassenrichter fallen im Schlaf Zuchthausurteile!

In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Riegnitz hatte ein Schöffe während der ganzen Verhandlung geschlafen. Der Vorsitzende erklärte das Urteil für unzulässig und legte Revision ein, die bis an das Reichsgericht ging. Das Reichsgericht hat die Revision mit folgender Begründung verworfen:

„Der Schlaf des Schöffen stellt seinen Grund zur Aufhebung des Urteils. Der Schöffe darf schlafen, soweit er sich mit seinem Gewissen und Gewissen kann. Er ist nur verpflichtet, Vorkersch anzuhören und zu sein.“

Also: Jeht diesen Richter schon Tag und Nacht — im Wachen und im Traume! — schlafend und wachend Klassenurteile gegen die Arbeiterklasse fällen. Einmalen ein Richter des Staatsgerichtshofes bei der Königsberger Hochverratsverhandlung friedlich geschlafen hat — und trotzdem das Zuchthausurteil unterschrieben.

Ein hartes Bild Demagogie

Der „Vorwärts“ vom 2. Februar (Abendausgabe), entwirft sich unter der Überschrift „Halt dir im Bürgerdick“ über die Demontierung des Kronkämpfers. Der „Vorwärts“ glaubt damit hundert Arbeiter und Frauen mit kurzem Gedächtnis fangen zu können.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die nur etwas nachdenklich sind, wissen, daß der Kronprinz im Oktober 1923 nach Deutschland zurückgekommen ist auf Grund eines Reichskabinettsbeschlusses, an dem Hülferich, Schmidt und Sellmann, die drei damaligen sozialdemokratischen Minister, mitgewirkt haben. Dieser Kronprinz ist im Glashaus ist, löst nicht mit Steinen werfen.

Ausführung im Reichsbureau des Roten Frontkämpfer-Bundes

Im Reichsbureau des Roten Frontkämpfer-Bundes nahm die Polizei eine Hausung vor, angeblich nach Waffen. Es wurde verstreutes Organisations- und Propagandamaterial beschlagnahmt.

Stahlhelmorganisationen, Volkshilfen begehren natürlich nicht nur ungehörig, sondern werden vom Staate begünstigt. Die proletarischen Frontkämpfer werden mit allen Kräften der Eber-Republik gelagert. Das wird für den RFR, nur ein Vorposten sein, stärker und geschlossener zu werden.

Werkstatt Fraktionsvorsitzender

Die dem parlamentarischen Reichstagsorganisation hat heute einmütig dem Großen Weltspart zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

In welchem Punkte muß nun das Proletariat ansetzen, um den Kampf gegen die kapitalistischen Herren der deutschen Republik aufzunehmen? Es darf nicht mehr so weitergehen, daß die Kapitalisten in aller Ruhe ihre Vergrößerungen können. Die 700 Millionen Arbeiter sollen ihrer Ausplünderung nicht froh werden. In breiter Front müssen sich die Proletarier aus den Betrieben herauslammern zum Kampf um ihre Existenz. Kein Arbeiter darf sich durch das Gesetz sozialdemokratischer Dames-Apostel beiseite lassen, nur durch die „Ruhe und Ordnung“ könne die deutsche Wirtschaft aufgerichtet werden. Gerade diese „Ruhe und Ordnung“ ermöglicht es der Kapitalistenklasse, ihre Ausplünderung der Werttätigen zu vollziehen.

In nächster Zeit, in der für die wichtigsten Berufsgruppen zum größten Teile die Tarife und Lebensbedingungen ablaufen, muß eine feste Front über alle Branchen und Tarifgebiete hinweg errichtet werden. Das Kampfprogramm ist gegeben in den Gehaltsforderungen und in den Beschlüssen der Betriebsrätekonferenzen des mitteldeutschen Verbänders. Sondern das Proletariat für diese proletarischen Mindestforderungen kämpft, beginnt es bereits die Attacke auf den kapitalistischen Staat.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter nicht allein kämpfen dürfen bei den sogenannten rein wirtschaftlichen und rein gewerkschaftlichen Kämpfen, wie die Reformisten tagaus, tagein predigen. Vielmehr werden alle wirtschaftlich und entschlossen geführten Kämpfe um Arbeit und Brot in einem bestimmten Stadium der Entwicklung umfassen müssen in politische Kämpfe, wobei offen die Machfrage aufgestellt werden muß, jene Frage nämlich, wer den Staat beherrschen soll: die 700 Millionen Arbeiter der Schwerindustrie oder das werttätige Volk?

Die deutsche Regierung „bekämpft“ die Korruption

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Februar.

In den Kammern des Reichstages der Frau, Reichstagskammer, hausteuchte die Polizei nach der vor einiger Zeit erlassenen Verordnungs „Korruption“. Ebenfalls beschlagnahmt wurde die Verordnungs „Der weisse Terror“.

„Der weisse Terror“! Damit ist nicht der Mißbrauch die Falschheit vertriebt,“ so hatte der gerechte Richter vom Berliner Volksgerichtspräsidenten gedacht, als er seine Korruption nach der Verordnungsverordnung schlichte und die „Korruption“ beschlagnahmte. Die Korruption heißt kann es allerdings damit aus der Welt schaffen, und er kann auch nicht verhindern, daß die Arbeiter alle diese Dinge erfahren die in einem Organisationsamt sendenden sozialdemokratischen Volkspräsidenten außerordentlich unangenehm sind.

Nicht einmal neue Ausnahmemaßnahmen gegen die kommunistische Partei können den Zeit befähigen, der aus der Korruptionsverordnung aufsteigt, und wenn sich die Minister und Beamten der sozialdemokratischen Republik noch solche Mühe geben.

Deutsche kapitalistische Spindel in Rußland

Der „Vorwärts“ legt eine „warme Ranze“ für sie ein

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine kleine Anfrage im Reichstag eingebracht, die auf zwei deutsche Studenten, Kindermann und Wolff, bezieht, die im Gefängnis in Moskau seit drei Monaten festgehalten werden. Diese kleine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion protestiert auf das schärfste gegen die Verhaftung dieser beiden Studenten.

Wie aus Rußland zu diesem Fall erfahren, sind beide beiden deutschen Studenten unter einem linken Studentenführer, dem Direktor, der Ehe ist, mit gefährlichen Partnern nach Rußland gelangt. Die drei Studenten, die sich als eine Studentendmission ausgaben, und die nicht nur gefährliche Wäpse, sondern auch gefährliche Kampfhandlungen führende Kommunisten und gefährliche Parteimitglieder bei sich trugen, sind nicht nur als gefährliche und gefährliche in Rußland erlangten werden. Man hat ihnen überall in den kommunistischen Organisationen weitergeholfen. Auch an die Komintern luden sie sich heranzuziehen. Nachdem einander festgehalten war, daß alle ihre Papiere gefälscht waren, und daß sie zu nichts anderem nach Rußland gekommen waren, am wichtigsten und gefährlichsten Antrags zu stellen, sind sie festgelegt worden. Inzwischen hat auch der Vektor der Berliner Universität, Professor Hoff, interniert, um seine beiden Begleiter wieder freizubekommen. Diese Angelegenheit dürfte einen diplomatischen Zwischenfall herbeiführen. Die russische Komintern wird selbstverständlich der deutschen Regierung zu helfen wollen, daß die Festlegung der beiden deutschen Studenten jüngerer vollkommen zu Recht geschähen ist. Rußland ist kein Eldorado für lizenzgebende Sozialjünglinge. Das sollen sich alle diejenigen jungen Leute in Deutschland merken, die vorhaben, in der gleichen Weise gegen Rußland zu konspirieren, wie die Kindermann und Wolff.

Genosse Roy aus Frankreich ausgewiesen

Der „Linksruf“ Herrichts

(Eig. Drahtm.) Paris, 4. Februar.

Genosse Roy, der Gründer der kommunistischen Partei Indiens, Rebellente der im Ausland erscheinenden Zeitung der revolutionären Bewegung Indiens, wurde von der französischen Regierung auf Wunsch der englischen Regierung verhaftet und ausgewiesen. Gegen Roy hat bekanntlich ein Gericht in Indien wegen revolutionärer Propaganda in seiner Abwesenheit ein Zuchthausurteil gefällt.

Rohndieselspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie

Am Montag, dem 2. Februar, wurde vor dem hallischen Schlichtungsausschuss über eine Lohnforderung für die Metallindustrie der Tarifkommission Halle-Anhalt-Regierung verhandelt. Die Verhandlung nicht zufriedenstellend, fällte Professor Hoff gegen die Stimmen der Arbeitnehmer mit den Stimmen der Arbeitgeberbevollmächtigten nachstehenden Schiedspruch:

1. Der Lohn aller Arbeiter über 18 Jahre wird um 2 Pfennig, der unter 18 Jahre um 1 Pfennig erhöht;
 2. die gleiche Erhöhung wie zu 1. erhalten die Arbeiterinnen des hiesigen und anhaltischen Tarifgebietes. Die Erhöhung in dem nachstehenden Tarifgebiet regelt sich nach § 7 des Tarifvertragsbuches;
 3. über die übrigen Punkte der Lohnliste treffen die Parteien Vereinbarungen;
 4. die neuen Löhne gelten ab 1. Februar 1925 und können mit nächster Frist erstmalig am 28. März 1925 festgelegt werden.
- Dieser Rohndieselschiedspruch ist eine Verkörperung der Forderungen der Metallarbeiter. Die Metallarbeiter mühen logisch unter sich herbei, was gegen diesen Schlag des Internermeriums zu tun ist. Der DRP, der in Halle unter kommunistischer Führung steht, hat im Verhältnis zu anderen Gewerkschaften, die in reformistischer Hand stehen, sich bis jetzt nicht leicht getrieben. Diese Tradition muß nicht nur beibehalten werden — stillen eine Rückkehr —, sondern es muß in weiterem Interesse der Metallarbeiterkraft ausgebaut.
- Rechtlich abend 7 1/2 Uhr nehmen die hallischen Funktionäre im „Vollspart“ am Schiedspruch Stellung. Jeder Funktionär ist verpflichtet, an dieser Sitzung teilzunehmen. Kollegen in den Betrieben, verlangt Bericht von Euren Vertrauenspersonen über obige Sitzung.

Arbeiter

Die „hohen“ Löhne

Die „Berliner Morgen-„Zeitung“, das konterrevolutionäre Organ der Arbeiterpartei, hat bisher am lauesten die Meinung verbreitet, daß der Friedensvertrag in Deutschland erreicht, ja vielfach schon überschritten sei. Vor kurzem brachte sie eine Uebersicht über die Veränderung in den Lohnabteilungen zwischen 1914 und 1924. Diese Uebersicht ist auf einer Unterlage aufgebaut, von der etwa 40 000 Arbeiter aller Altersstufen erfaßt sind. Nach der Tabelle hatten Wocheneinkünfte:

1914 (in M.)	11	17	23	über 29
1924 (in M.)	4,1	6,6	8,4	27,3
1924 (in M.)	4,1	2,8	20,4	15,2
				37,7

Die „Morgen-„Zeitung“ will damit beweisen, daß die Lohnlage der deutschen Arbeiter sich gegen 1914, wenn auch nicht allzu sehr verbessert, so sich doch nicht verschlechtert hat. Sie beweist aber zu viel, denn:

1. Die Aufstellung, ihre Richtigkeit unterstellt, ergibt eine entsetzliche Verschlechterung der Löhne von 1924 gegen die von 1914. Während 1914 die Lohnrate 7 Mark überhaupt nicht vorhanden war, sind 1924 4,1 Prozent der erfaßten Arbeiter auf diesen Fundus angewiesen. Von der Stufe des Lohnes von 11 Mark werden 2,6 Prozent der Arbeiter gegen nur 0,9 Prozent in 1914 umfaßt. Die größte Steigerung weist die Lohnstufe von 17 Mark — ebenfalls ein Nimmerloch — auf: von 9,4 Prozent auf 20,4 Prozent. Dagegen ist der Anteil der „höchsten“ Lohnstufe von über 29 Mark auf 37,7 Prozent von 22,7 Prozent gefallen.
2. Die Aufstellung, ein allgemeines Sinken der Lohnhöhe bei Steigen der unteren Lohnstufen. Das nennt die „Morgen-„Zeitung“, „Erziehung des Preises als Preis der Lohnhöhe“ ist jedoch falsch. Es ist unrichtig, daß 37,7 Prozent, also mehr als die Hälfte der Arbeiter, heute einen Wocheneinkommen von durchschnittlich 23 Mark haben. Selbst die Forderungen des Statistischen Reichsamtes über die Entlohnung des deutschen Proletariats rechnen einen solchen Durchschnitt nicht her. Nach der amtlichen Aufstellung in „Arbeitskraft und Statistik“ haben nur die elektrischen Berg-, Textil-, Bau- und Holzarbeiter sowie die Buchdrucker einen Nominallohn von über 23 Mark wochentlich 1924 bezogen. Alle übrigen Schichten der gesamten Arbeiter, also deren Mehrheit, bleiben unter dieser Lohnhöhe. Dem Reallohn stellt sich das Verhältnis noch ungünstiger. Hier hatten unter den Getreide- und Bergarbeitern, die Bauarbeiter, die Holzarbeiter, die Metallarbeiter und die Buchdrucker diese Lohnhöhe, während alle übrigen getreideten Schichten hinter ihr zurückblieben. Weit schlimmer steht es bei den ungetreideten Arbeitern aus, die ja gegenüber den getreideten die große Zahl des Materials umfassen. Hier haben nur die Bergarbeiter, die Bauarbeiter, die Holzarbeiter und die Buchdrucker einen Nominallohn von über 23 Mark. Der Reallohn der ungetreideten erreicht bei keiner Gruppe selbst diesen Betrag.

versucht die Firma, die Arbeiter und Arbeiterinnen um ihren Verdienst zu bringen. Auch das jeder, der auf Arbeit arbeitet, eine Lohnkarte haben. In der Lohnkarte, die ältere Arbeiter und die die sie nicht annehmen können, sind solche vorhanden. Die jungen Leute im Stahlarbeit bekommen jedoch keine. Da kommt es munter vor, daß der Lohn nicht stimmt, da aus der Lohnkarte nicht zu entnehmen ist, was an verdient hat, wie man an nachfolgender Lohnkarte ersieht dann:

**Lohnkarte einer 22-jährigen Arbeiterin
6,84 M. Wochenlohn**

Nr.	Lohn vom 7. bis 13. 1.
für	
Alter Rest
Lohn laut Arbeitskarte	7.28
Hievon ab
Steuern	44
Krankengeld
Invalidevers.
verbleibt	
Ausszahlung	6.84
Rest

Betrag inliegend Sofort nachzahlen!
Reklamationen sind sofort nach Empfang vorzubringen.

Kommt man ins Bureau, werden einem dann 60 oder 80 Pfennig, munter auch etwas mehr, auf den Tisch gegeben. Dann sollen sich die Arbeiterinnen zufrieden geben; als es stimmt, weiß man nicht. So sieht die Entlohnung bei der „Kampfabteilung“ aus. Das ist die richtige Sorte!

Auch passieren des öfteren in dieser Rube Ängstfälle, ganz besonders im Stahlarbeit. Erst vor drei Wochen kam wieder ein Mangel in die Stahlfabrik. Es ist dies bereits das dritte Mal. So ist es jetzt wiederum zum 4. Mal geworden. In der linken Hand stehen an vier Fingern die Hälfte, an der rechten Hand an drei Fingern die andere Hälfte. Das Mädchen wollte die Hälfte, die verurteilt war, zurückgeben, und da der Gehalt in Händen kam und die Sicherheit nicht eintrifft, setzte die Maschine sich in Bewegung und die Finger wurden zerquetscht. Beim letzten Unfall brüllte der Arbeiter Raubach das beauerntwerte Mädel noch an:

„Dummes Ruder, halt dich Deine Foten nicht hin, Du Rindvieh!“

Dabei hat es wahrscheinlich nicht an der Arbeiterin, sondern an den mangelhaften Schutzvorrichtungen gelegen, denn wie es sich herausstellte, war die Sicherung kaputt. Herr Gewerberat, wie werden Ihnen, isters in diesem Betriebe zu kontrollieren, sich dabei nicht vom Direktor und Amtler im Einverständnis durch den Betrieb führen zu lassen. Auch das Kesselhaus, das eine Rumpflammer gleicht, ist unter die Lupe zu nehmen. Und wenn auf „höheren Befehl“ jedesmal ausgeföhrt ist, dann lassen sie unter allen Umständen öffnen, da können sie ja was erleben!

So, das was gerade für heute, das war der „angeleitete Streich“, und der „dritte“ folgt — bald! Nur eines möchten wir den Fabrikarbeiter-Angestellten Rühn und Hildert auf die Seele binden, sich mehr um die Verhältnisse bei Wewps zu kümmern. Oder habt Ihr Angst vor Euren „Kameraden“? Statt daß sie Betriebsverhältnissen einberufen, stellen sie sich einfach vor den Arbeitern, um sie zu kontrollieren, und das ist auch schon wieder lange her. So heimlichen sie, daß sie bei Wewps nichts unternehmen könnten, weil zu wenige organisiert seien. Daß der Boden fruchtbar ist, beweis, daß in einer Nacht- und Nebelzeit 20 Aufnahmen für den Verband gemacht wurden. Aber wie kann man von Sonntags-Kameraden verlangen! Wenn hat seinen Betriebsrat, der besteht aus 20 arbeitslosen Elementen. Als Oberhaupt dominieren in seinem Betriebe treu ergebene „Senfmannen“ und einige andere“. Gestern möchten wir auffordern, zusammenzutreten und den Verband zu zwingen, alles zu tun, bis auch die letzten Wühlfäden beseitigt sind. Darum hinein in den freien Arbeiterverband, reorganisiert ihn und kämpft um eure Forderungen!

„Die Arbeiter haben nichts zu lagern!“

Rittergut Volkstedt
(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Es ist kein gutes Zeichen für ein Betriebszelle, wenn sie nicht öfters berichtet, da es den Betrieben sehr viel mitgeteilt werden kann. Deshalb soll heute wiederum aus unserem Rittergut ein Bericht im „Klassenkampf“ erscheinen.

Unser Betriebszelle hat sich über das Verbot des „Klassenkampfes“ geäußert zu haben; wenn er meinte, es sei besser, der „Klassenkampf“ bleibe auch weiterhin verboten. Er muß unsere Zeitung doch recht fürchten.

Die Rittergutsverwaltung ist der Ansicht, daß bei der hundertmaligen Besetzung der Randprojekte ihre Betriebszelle gefährdet seien. Deshalb hat ein großer „Stahlarbeiter“ und „Spindelapparat“ aufgegeben, um eventuell „keine Dicks“ zu fassen. Die großen Spindelbänke werden ebenfalls überall laufen gelassen. In die Arbeitszeit mittags zu Ende, dann alle Tore des Gutes von Wählern besetzt, um die Arbeiter und Arbeiterinnen auf aufgebaute Tafeln hin zu kontrollieren. Selbstverständlich gibt es dabei mancher unwillkürliche Ausfälle.

Besonders schmerzhaft sind die Frauen, denn die auf dem Getreidebänken arbeiten. Sind sie früh zur Arbeit eingeteilt, dann erfolgt der Ruf des allgewaltigen Herrn Kumpf: „Bodenfrauen an treten um Weg!“ Die Frauen betreten nacheinander die Wege, ihr Gewicht wird genau aufgeschrieben. Mittags erhält dieselbe Ruf, und im Gänsemarsch gibt es abwärts über die Wege. Das Gewicht ist frühmorgens muß mit dem

von mittags genau übereinstimmen. Wer verdächtig ist, wird von den Wählern genau befragt.

Diese Tage kam der „Zeile“, die „Zeile“ darauf vorzusprechen, daß sie bei der Frühjahrsbelegung unter Mitwirkung auf dem Gelde bleiben müssen. Jemand meinte, daß die Zeile frage, ob sie das auch tun wollen. Darauf der „Belegte“: „Die haben gar nichts zu sagen, die haben draußen zu bleiben, und damit basta!“ Kollegen und Kolleginnen! Bei der 14 bis 16 Stunden täglichen Schichtzeit auch noch die Belegung! Wollen wir das weiterhin dulden? Nein, in und ob es mal nicht! Seit ist die Zeit, sich aufzuraffen. Die Frühjahrsbelegung steht vor der Tür. Organisiert wir uns alle zeitlos fleißig, und dann wollen wir den Agrarier unsere Forderungen überreichen. Glauben sie uns weiterhin drangalieren zu können, dann lassen wir sie den Dreck einmal auf die Erde machen. In angangenen Jahren, die die letzten Ausbacher, unsere Lage zu verbessern. Also hinein in den Deutschen Arbeiterverband, legt auch den „Klassenkampf“, rüffel Euch zu den kommenden Auseinandersetzungen mit den Ausbeutern!

3000 Mark Belohnung für den Kopf eines „Farbentumpels“!

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 4. Februar.
Am Freitag prangte an der Farbenfabrik Levertagen ein Aufschlag auf großem Plakat, in dem obige Summe demjenigen unter Reichsausweis angeboten wird, der die Verfälscher der „Farbentumpels“ durch die Direktion angibt. Zugleich wurde jedem Arbeiter folgender Zettel in die Lohnkarte gelegt:

„An alle Werksangehörige! Im Zusammenhang mit der Verbreitung des aus gemeinsamen Belohnungen zusammengesetzten „Farbentumpels“ und der Mitarbeiter an diesem Schmutzblatt wird bereits eine größere Anzahl Arbeiter entlassen werden. Trotz dieser Entlassungen bringe das Schmutzblatt auch noch in seiner letzten Nummer keine in jedem Wort erlogenen Phantasieprodukte zum Ausdruck. Wir erklären daher, daß wir uns in der Folge von jedem Arbeitnehmer trennen werden, der dieses Schmutzblatt kauft oder besitzt, gleich, ob innerhalb oder außerhalb der Fabrik, und es dadurch unterwirft. Dies gilt auch, wenn es in der Familie oder bei fremdsitzenden Angehörigen ankommt. Die Belohnung ist notwendig, um in den Belohnungen der Werksangehörigen zueinander die einfachsten Gebote des Anstandes zu wahren und die Werksangehörigen nicht verkommenen Subjekten auszuweisen.“ Das Direktorium.

Levertagen, 27. Januar 1925.

Aus vorstehender Meldung können die Arbeiter ersehen, wie wichtig die Betriebszellen sind. Der „Klassenkampf“ hat die Arbeiter in die Kampfe mit einer scharfen Waffe der Belohnungen im Kampfe mit dem Ausbeutern und werden überall trotz größter Verfolgungen eifrig gelesen. Auch die Levertagen-Direktion hat schon alles verlohren, den ihr so mißlieblichen „Klassenkampf“ zu unterwerfen, umloht, er erhebt regelmäßig weiter; überall ist er zu finden, in den Wohnungen der Arbeiter, im Zuge, im Betrieb usw. Die Arbeiterkraft laßt sich ins Fäulnis, wenn der Levertagen immer aufs neue erhebt und die Zustände im Betrieb erbarmungslos kritisiert, und gerne entrichtet sie ihren Duhus dafür.

Der Kampf der kapitalistischen Ausbeuter gegen die Betriebszellen muß die Arbeiterkraft anspornen, nun erst recht die Betriebszellen zu unterstützen. Nun erst recht werden die Betriebszellen zungen erscheinen; wo noch keine sind, werden sie neu geschaffen. Es sind notwendig und wichtig zugleich.

Aus obigem Anschlag geht aber auch weiter hervor, daß die Unternehmer zwar Geld in Fülle haben, für recht unumwundene Ausgaben, nur bei Lohnforderungen sind sie immer zugewandt. Das ist ein Beweis, daß die Arbeiter die neuen Lebensbedingungen in der deutschen Industrie. Deshalb muß der Kampf um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung überall energig durchgeführt werden. In diesem Frühjahr muß der Unternehmer gezwungen werden, daß die Arbeiter es laß haben, sich noch weiterhin ausbeuten und schikanieren zu lassen. Arbeiter, auf, rüffel zu den kommenden Kämpfen! Unterstützt auch eure Betriebszellen zungen — nun erst recht!

Weitere Abnahmemaßnahmen der Reichsbahn A.-G.?

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Wie man aus informierten Kreisen der Direktion Halle hören kann, besteht die Absicht, im Laufe des Februar weiter abzubauen.

Die Herren haben die Ansicht, daß im Direktionsbezirk noch 865 Beamte zu entlassen sind. Diese Beamten sind im allgemeinen in der Sache der Direktionsstellen befähigt, hat, treten derzeit noch ruhige Gerüchte in Umlauf, daß die Betriebszelle noch mehr gefährdet. Die jungen Leute des Herrn Worgan sind wirklich trübselig. Immer weitere Maßnahmen werden ergriffen, die die Profiteure erhöhen sollen.

Einen Teil der Werksstätten im Reich hat man als angehängt unrentabel geschlossen. Für eine Reihe weiterer Werksstätten hat man nochmals eine Galgenfrist festgesetzt, bis man die Wäde schliefen will.

Der Einfluß der Industriellen in die Geschäftsführung der Reichsbahn A.-G. ist unermesslich. Das ist natürlich ein großer Schaden für die Arbeiter, denn sie müssen ja in erster Linie die Sache für die Experimente dieser Ausbeuter bezahlen. Bei der Ausführung des Londoner Eisenpatentes hat sich gezeigt, wie einflußlos die Personalvertretung der Gewerkschaften war, und es ist höchste Zeit für alle Eisenbahner, daß sie wieder in die Geschäftsführung eintreten und sie mit Kampfgeld erfüllen.

Nur von einer starken, vom Kampfgeld erfüllten, nicht „Staatspolitisch“ treibenden Organisation kann für die Eisenbahner eine Besserung ihrer traurigen Lage erwungen werden. Deshalb hinein in die Gewerkschaft und macht sie zu dem, was sie sein müssen, zu Kampfgewerkschaften.

Die gegenwärtigen Zentralinstanzen der Gewerkschaften haben zu viel Staatspolitik getrieben und zu wenig Arbeiterpolitik. Das muß anders werden. Die Partei (SPD), in der die jetzigen Vertreter der Zentralinstanzen politisch organisiert sind, hat alles getan, um die Reaktion in die Staatspolitik zu halten.

Die Zustimmung zu den beiden Reichstagsanträgen machte ja erst die Abwägung des Abstandsverhältnisses möglich und befähigte die Betriebsräte in ihren Rechten. Während der Instationsperiode hat mancher den Gewerkschaften den Rücken gelehrt, da muß er jetzt wieder für die Gewerkschaft interessiert und in die rote Schichtarbeit einbezogen werden.

Was nicht es, aber die Bauwirtschaft, das Bräunnenwesen, das Affordigeln, das Gebirgsbauwesen, die Dienstleistungen im einzelnen zu schimpfen, wenn wir nicht als Masse den Willen zeigen, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten? Nichts! Deshalb muß auch der letzte Eisenbahner sich organisieren und ein Klassenkämpfer werden. Ge.

Ein Schwarzrotgoldener „Mutterbetrieb“

Wewps Gloria-Werke, Zeig

(Von unserem Betriebsberichterstatler)

Einem Tag vor Weihnachten entließ die Firma Wewps circa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen. Als Grund wurde angegeben Arbeitsmangel. Bis dato werden jedoch noch Arbeiter und Arbeiterinnen in den Werksstätten der Wewps Tag und Nacht, die Maschinen laufen nur eine Stunde zum Stillstand innerhalb 24 Stunden. Doch der Grund, das was man nicht hören, das liegt hier bei der Entlohnung. Da anstehende die „Junior“, das hat ihr Curer kommunistischen Zeitung zu veranlassen, er ließe sich nicht auschließen!

Hieran können wir erkennen, daß der Sieb geflossen hat. Wenn es nicht wahr wäre, könnte er sich ja beschönern. Nichts von dem, es stimmt alles, es ist ein Mangel, der die Arbeiter weiter werden es, als ein jugendlicher Whiffitus bei der Entlohnung der „Junior“ fragte: „Wie sieht es denn mit dem Weihnachtsgratzen?“ Da fuhr er ihn an: „Holt sie Euch aus dem „Klassenkampf!“ Das glauben wir dem Schwarzrotgoldenen Herrn Wewps gerne, der „Klassenkampf“ ist ihm angehen.

Bei der Entlohnung konnte man die Leute nicht schnell genug aus dem Betrieb bringen. Die Arbeiterkraft ist mit einseitiger Kündigung angenommen. Trotzdem verfuhr der technische Betriebsleiter Dr. Riefenfeld die Frühlichter schon um 2 Uhr mittags zu entlassen, wo die Leute rechtzeitig bis 6 Uhr zu arbeiten hatten. Erst durch den Druck der Arbeiterkraft, woran der Betriebsrat auch wohl über sich mit der Betriebsleitung Rücksprache genommen hatte, wurde noch gearbeitet. Dabei verlorste sich Riefenfeld herauszureiben, er habe den Leuten wollen einen „Gefallen“ tun.

Das Antreibersystem macht sich in diesem Betriebe speziell durch die Direktoren und die Vorarbeiter bemerkbar. Die Vorarbeiterin Hartig muß sich in diesem Betriebe anstellen lassen, werden werden. Am Tage der Kündigung stimmten die jungen Arbeiter revolutionäre Wider an. Das verbot sie. Es wurde zum Schur geiffen. Da sollten sie zum Geschie hinausjassen, hier würde nicht geiffen. Meinte sie. Herrich, was geht denn da los? Die ganze Wewps hofft am Herrich, kommt dem Befehl der Vorarbeiterin nach und es passiert. Wendenbrennt verläßt sie unter allgemeiner Anteilnahme den Raum. Denselben Tag hatte sie angehängen einen Wint von „Junior“ bekommen, extra lag ihr die Wegführung der Rollen zu kontrollieren. Denn sie schämte sich bauend umher.

Die in diesen Einrichtungen lassen auch viel zu wünschen übrig. Erst waren hier circa 90 Personen mit 13 Schlafbetten vorhanden, wobei jeder schwarz auslief wie ein Pulver. Durch den Druck der Arbeiter unter Mithilfe der Gewerkschaft wurde nun ein Bad eingerichtet. Mit dem Abwischen des Schmutzes aus den Händen, die paar Arbeiter haben extra einen für sich, die Arbeiter können Kolonien sehen. Es wäre notwendig, ihre Abfälle zu schaffen.

Das Arbeiterleben bei allen Missetaten ist die Entlohnung. Bekommen doch die Heimarbeiterinnen beim Rollenbinden für 1000 Stück 1,50 M. Dabei liegen perfekte Winderinnen 3½ bis 4 Stunden. Obendrein leben sie schwarz im Stahlarbeit. Aus den Armen Frauen, die früh ihre schwere Last in Erträgen zu bewahren bringen zur Arbeiterkraft, kann man am besten ablesen, wie die laubige Arbeit ihnen ihre Gesundheit raubt. Die Wäbels im Betrieb erhalten im Alter von 16 bis 18 Jahren 16½ Pfennig Stundenlohn und von 18 bis 20 Jahren 21 Pfennig Stundenlohn. Zum größten Teil bestehen aber Affordigeln. Und dabei

